

# Politik der Korrekturen?

Die sogenannten Hartz-IV-Gesetze seien noch von einer rot-grünen Bundesregierung verabschiedet worden, kontert Merkel, Kanzlerin der schwarz-gelben Koalition, nach der Kritik von SPD-Chef Sigmar Gabriel an dem Zynismus der geplanten Anhebung der Regelsätze für die 4,7 Millionen erwachsenen Hartz-IV-Empfänger um 5 Euro.

Und aus den Reihen der CDU wird der SPD vorgehalten, dass sie in den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung nie den Versuch unternommen habe, die Regelsätze zu erhöhen.

Angesichts der offensichtlichen Tatsache, dass es der SPD-Führung nicht darum geht, die Hartz-IV-Gesetze infrage zu stellen, bietet Merkel der SPD Gespräche bis hin im Vermittlungsausschuss des Bundesrates über die Anhebung der Regelsätze an. Sie fordert von der SPD konkrete Vorschläge, wo sie „mehr drauflegen“ will.

Merkel selbst weist damit der SPD-Führung den Weg zur korrigierenden Begleitung, die sie braucht, um die gesamten Hartz-IV-Neuregelungen, die den Arbeitslosen noch weitere Verschlechterungen bringen wird, durch den Bundesrat zu bringen.

Und Gabriel, der ausdrücklich nicht festlegen will, wie die SPD im Bundesrat abstimmen wird, nimmt die von Merkel angebotene Gesprächsbereitschaft wahr. Er fordert die Regierung auf, zu erklären, „was für Kinder passieren“ soll, dann werde die SPD sehen, ob man sich im Bundesrat einigen könne. (!)

Politik der Korrekturen, der korrigierenden Begleitung der Antireformmaßnahmen der Regierung Merkel - das ist es, was Gabriel unter der „Erneuerung“ der SPD versteht. In deren Namen ist vor genau einem Jahr die „selbsterneuerte Führung“ der SPD angetreten, nachdem über 6 Millionen StammwählerInnen der SPD ihre Stimme verweigert haben, weil sie wollten, dass Schluss gemacht wird mit der Schröder-Agenda-Politik, der Demontage des Sozialstaats und der sozialen Sicherungssysteme.

So betont Gabriel, der auf keinen Fall einen Bruch mit der Schröder-Politik will, voller Stolz auf dem Parteitag am 29.9. in Berlin, dass die „Bankenrettung“ von den drei Sozialdemokraten Steinmeier, Steinbrück und Scholz „auch gegen viele aus der CDU durchgesetzt“ wurde. Für diese Milliarden-Rettungspakete für die Banken und Kapitalisten und die daraus folgende gigantische Staatsverschuldung lässt jetzt die Regierung Merkel die arbeitende Bevölke-

rung und Jugend mit dem größten „Spar-, Verarmungspaket“, dass Deutschland bisher kennt, bluten, getragen von der „korrigierenden Begleitung“ der SPD-Führung.

Um „Korrekturen“, nicht „Aufhebung“ geht es Gabriel auch bei der „Rente mit 67“, die schließlich unter maßgeblichem Druck Münteferings von der SPD in der großen Koalition durchgesetzt wurde, sozusagen als Krönung der massiven Kürzungen des Rentenniveaus und der Teilprivatisierungen des solidarischen, gesetzlichen Rentensystems unter der Schröder-Regierung. Auch hier findet Gabriel eindeutige Worte auf dem Parteitag: „Am Ende der Debatte (...) wird es nicht darum gehen, die „Rente mit 67“ abzuschaffen“. Es geht vielmehr darum, die Bedingungen für sie zu schaffen.

Gabriel geißelt die „sogenannte Gesundheitsreform“ von Schwarz-Gelb, für die die Pharmaindustrie die Gesetzentwürfe geschrieben habe. „Was die Regierung vorbereitet, (...) ist nicht die Abschaffung des Zwei-Klassen-Systems in der Medizin. Und wir haben eine Zweiklassenmedizin.“ Doch die ist das Ergebnis der Maßnahmen der Regierungen mit SPD-Beteiligung seit Schröder. Die jetzige Reform der Merkel-Regierung bringt mit dem definitiven Einstieg in die Kopfpauschale den endgültigen Bruch mit dem bewährten System der solidarisch und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung.

Auch hier Korrektur statt Rücknahme? Hat die Forderung nach Rücknahme dieser wie auch der anderen Reformen nicht auch deshalb für Gabriel keinen Platz, weil sie die Rücknahme der gesamten Zerstörungsmaßnahmen unter SPD-Regierungsbeteiligung auf die Tagesordnung setzen würde?

80 % der Bevölkerung lehnen Sparpaket, Rente mit 67, Gesundheitsreform der Merkel Regierung ab, betont der IG Metall Bezirksleiter Jörg Hoffmann vor den 2 500 Funktionären der IG Metall, die sich am 23. 9. in Sindelfingen gegen diese Reformen versammelt haben.

Für diese Arbeitnehmermehrheit geht es nicht um „Korrekturen“. Ihr Auftrag an Gewerkschaften und SPD ist schlichtweg: Kampf für die Rücknahme dieser Reformen.

Allerdings, diese klaren Forderungen, die auch von den Gewerkschaften genannt werden, verschwinden in einem Brei von Forderungen aller Art in den Aufrufen der DGB-Gewerkschaften zu den Herbst-Protestaktionen, die diese im Bündnis mit einem Konglomerat von Gruppen aus den sozialen Bewegungen veranstalten.

Solche „Protestaktionen“, die lediglich das Ziel haben, „Druck“ auf die Regierung auszuüben für Korrekturen, sind nicht geeignet, so die Kritik von einer wachsenden Zahl von GewerkschaftskollegInnen, die Regierung Merkel zu stoppen.

Es kann daher nicht überraschen, dass sich die SPD-Führung, die sich der „korrigierenden Begleitung“ der Politik der Grausamkeiten durch die Regierung Merkel verschrieben hat, an derartigen Protestaktionen beteiligen will.

Die Linkspartei und verschiedenen Gruppen der sozialen Bewegungen integrieren sich in diesen Rahmen der „protestierenden und korrigierenden Begleitung“ der Merkel-Reformen. Nicht ohne „linken Wettstreit“ um die radikalsten Protestforderungen.

**Wenn die DGB-Gewerkschaften dem Auftrag der Arbeitnehmermehrheit entsprechen wollen, verlangt das die Entscheidung für eine wirkliche gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung, konzentriert auf die klaren Forderungen:**

„Weg mit dem „Sparpaket“

– der „Rente mit 67“

– der „Kopfpauschale /Gesundheitsreform“!

Diese Frage wird immer dringlicher in den Gewerkschaften aufgeworfen. Und ebenso die Frage, ob nicht eine Bündelung der Herbstaktionen, eine einheitliche Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen durch alle DGB-Gewerkschaften, z.B. Ende November, vor der Verabschiedung des Sparpakets, die Kraft schaffen wird, die Merkel, und ihre Politik, die Krisenkosten auf die Bevölkerung abzuwälzen, zurückzuschlagen kann.

Und vielen sozialdemokratischen GenossInnen sprechen sicher die AfA-GenossInnen aus dem Herzen, die in einem Offenen Brief an die Parteitagsdelegierten, die Verantwortlichen und Mitglieder der SPD und der AfA fragen:

„Kann es in dieser Situation eine andere Verantwortung der SPD geben als die, an der Seite der Mehrheit der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften ihren Platz einzunehmen für eine gemeinsame Mobilisierung, für die Organisation des vereinten Widerstands der Arbeitnehmer und Jugend (...) für diese klaren Forderungen? (...)“

Das ist der Weg zur wirklichen „Erneuerung“ der SPD.“

Carla Boulboulé